Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Rendörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Lubschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang

Nr. 248 — Sammelausgabe im Amtsgerichtsbezirk — Mittwoch, den 23 Oktober — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — 1918.

Nicht Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg., durch die Post bezogen 3 Mk. 12 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Gerstel-Straße 15, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 10, für auswärtige Besteller mit 25 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 30 Pfg. — Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 60 Pfg., für Auswärtige 75 Pfg. — Fernsprech-Anschluß Nr. 7. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Kunsthonig, L.-M.-K. B, Abschn. W. 1/4 Pfd. 19 Pfg.
Graupen oder Grütze, L.-M.-K. A Abschn. Y. 100 Gr. 9 Pfg.
Margarine, L.-F.-K. Nr. 1671—Ende, Abschn. K. 1—1670, Abschn. L, 50 Gr. = 21 Pfg.
Butter, L.-F.-K. Nr. 1671—2032, Abschn. L. 50 Gr. = 41 Pfg., Weiß.

Bekanntmachung.

Die für hiesigen Ort auf das laufende Jahr aufgestellte **Schöffen- und Geschworenenliste** liegt eine Woche lang und zwar vom 21. bis mit 27. Oktober dieses Jahres auf dem hiesigen Gemeindeamte zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Innerhalb dieser wöchentlichen Frist kann Einspruch über Richtigkeit oder Zuständigkeit der Liste schriftlich oder zu Protokoll beim Unterzeichneten erhoben werden.

Bernsdorf, den 19 Oktober 1918.

List, Gemeindevorstand.

Verkauf von Weißkraut und Zwiebeln

Mittwoch, den 23 Oktober, vormittags 8—12 Uhr. — 10 Pfund Weißkraut und 1 Pfund Zwiebeln zusammen für 1 M. 30 Pfg.

Zuckerhonigverkauf

Mittwoch, den 23. Oktober, auf Lebensmittelkarte B — Marke 8 — für 20 Pfg. Nr 1—600 nachm. 2—3 Uhr, Nr. 601—1200 nachm. 3—4 Uhr, Nr. 1201—1800 nachm. 4—5 Uhr, Nr. 1801 bis Schluß nachm. 5—6 Uhr.

Lebensmittelverkauf in Callnberg

Donnerstag, den 24. Oktober, vorm. 8—12 Uhr. — Lebensmittelkarte B vorlegen.

Eiabletten 1 Paketchen 15 Pfg.
Stärkemittel „Stärkeso" 1 Paket 25 Pfg.
Waschmittel „Burnus" 1 Paket 25 Pfg.
Waschpulver 1 Paket 30 Pfg.
Bouillonwürfel 10 Stück 40 Pfg.
Backpulver 1 Päckchen 12 Pfg.
Getrockn. Steinpilze 100 g 2,40 Mk.
Gedörrte Zwiebeln 100 g 1.— Mk.
Salatessig (Essigersatz) 1/2 Fl. 55 Pfg. 1 Fl. 1.10 Mk.
Nährhefe 1/2 Pfund 90 Pfg.
Worcl-Suppenwürze 1 Flasche 3,50 M.
Bratenwürfel 1 Stück 10 Pfg.
Suppenwürfel 1 Stück 10 Pfg.
Kochenbrüh-Extrakt 1 Dose 3 Mk.
Fleischextrakt Marke „Plantex" 1/8 Dose 85 Pfg., 1/4 Dose 1,50 Mk., 1/2 Dose 2,80 Mk., 1 Dose 5 Mk.
Dänische Trockenbouillon 2-Pfd.-Dose 9 — Mk.
Ung. Akazienhonig 1-Pfd.-Glas 10,50 Mk., 1/2-Pfd.-Glas 5,50 Mk.

Der Ortsernährungsausschuß für Callnberg.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Ein holländisches Blatt schreibt: Der deutsche Kaiser trägt am Gange der Ereignisse nicht die geringste Schuld. Er hat für das deutsche Volk in aufrichtigster Weise zum Guten gestrebt. Die Hohenzollern haben sich unleugbar Verdienste um das deutsche Volk erworben. Wir bezweifeln aufs stärkste, daß die Beschuldigung, daß der Kaiser den Krieg gewollt habe, vor dem Urteil der Geschichte standhält.

* Montag Nachmittag hat sich im niederösterreichischen Landtage die deutsche Nationalversammlung konstituiert. Sie wird einen Ausschuß wählen, der die Vorarbeiten für den selbständigen deutschösterreichischen Staat zu erledigen hat.

* Aus Budapest wird gemeldet: Der von Wekerle angekündigte Gesetzentwurf über Personalunion spricht im ersten Paragraphen die staatliche Unabhängigkeit und selbständige Staatlichkeit Ungarns aus, die nach dem Friedensschlusse in Kraft treten soll.

* Die Berliner Professoren erlassen einen Aufruf zur geschlossenen Einheit im Innern und Anspannung aller Kräfte, damit uns das Vaterland, Kaiser und Reich unversehrt erhalten bleiben.

* Das amerikanische Repräsentantenhaus bewilligte 6 Milliarden Dollar zur Ausstattung und Erhaltung eines 5 Millionenheeres — Amerikanischer Militarismus.

* Nach einem Telegramm aus Tokio sind die ersten japanischen Truppen in Irkutsk am Baikalsee eingetroffen.

* Das ukrainische Gesamtministerium ist zurückgetreten. Der Hetman hat den bisherigen Ministerpräsidenten Lysogub mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. (W. T. B.)

Deutschlands Antwort an Wilson.

Die deutsche Antwortnote ist mit der ihr zukommenden Gewissenhaftigkeit ohne Uebereile beraten worden und zwar entsprechend der demokratischen Neuorientierung Deutschlands unter ausgiebigster Heranziehung aller verfassungsmäßig für eine Mitwirkung in Betracht kommenden Instanzen, während die Diplomatie unserer Feinde und auch Amerika anders verfährt. Sie wurde am Sonntag spät abends nach der Schweiz zur Uebermittelung abgesandt und hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 21. Okt. (Amtlich.) Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber überlassen sein und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zu Grunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein wird.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote mit ihren Insassen absichtlich vernichtet.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtl. Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wenn nicht ausnahmsweise Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht. Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die sich autokratisch und aus eigenem Recht, die den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich hat der Volksvertretung ein Einfluß auf die Politik der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesem Verhältnis ist ein grundlegender Wandel geschaffen. Die neue Regierung ist in vollkommener Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstags gehören zu ihren Mitgliedern. Niemals kann keine Regierung im Amt verbleiben oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstags zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems beruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, 20. Oktober 1918.

(gez.) Solf.
Staatssekretär im Auswärtigen Amte.

* * *

Die deutsche Antwortnote legt ersichtlich Gewicht darauf, daß der Weg zu weiteren Verhandlungen nicht abgebrochen werde. Ton und Inhalt geben Zeugnis von dem ernsten ehrlichen Bestreben der Reichsregierung, den furchtbaren Blutvergießen so bald als möglich ein Ende zu machen. Wo es nötig war, beleidigende Unterstellungen und unbefugte Einmischung des Gegners in Abrede zu stellen, ist dies in würdiger Weise geschehen. Wenn Wilson glaubte, den Berichten seiner Bundesgenossen über angebliche Verwüstungssucht der zurückweichenden deutschen Truppen mehr Glauben als unseren gegenteiligen Versicherungen schenken zu müssen, so wird ihm durch die Feststellungen neutraler Kommissionen Gelegenheit geboten, die tatsächliche Wahrheit zu erfahren. Der vorläufige Bericht ist ja nur seiner selbst willen, sondern immer nur in Schwere der friedlichen Anstrengungen unsere Deutschlands unternommen worden. Wenn die Bedingungen des Waffenstillstandes kommen, dann nicht die politischen Instanzen, sondern müssen die maßgebenden militärischen Stellen verhandeln. Was aber die von Wilson geforderten Sicherungen gegen angeblich das autokratische Regiment in Deutschland betreffen, so geben in der Tat die bereits beschlossenen und noch in Ausführung begriffenen tiefeinschneidenden Aenderungen der Reichsverfassung alle nur denkbare Gewähr dafür, daß nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft das deutsche Volk sein Geschick selbst lenken wird.

Wenn es Wilson wirklich darauf ankommt, volle Klarheit über die gegenwärtigen und künftigen Verhältnisse in Deutschland zu gewinnen, um auf diese Weise imstande zu sein, die Wege zu einem dauernden Rechtsfrieden zu ebnen, so gibt ihm die zweite Antwortnote Deutschlands alle Vorbedingungen dazu. Zieht er andere Folgerungen aus